

Thesen

Ausgehend von jahrelangen, in Sachsen gesammelten Erfahrungen, den Beobachtungen diverser Demonstrationen (insb. von „PEGIDA“ in Dresden) sowie der Sichtung von Korrespondenz (Telefonate, Briefe, Mails, Postings) mit mehreren hundert Personen, die zum Teil ihre Sympathie zu PEGIDA zum Ausdruck brachten, komme ich zu folgenden Feststellungen. Sie basieren auf den Wahrnehmungen *eines Teils der sächsischen Bevölkerung*. Zu konstatieren ist in diesem Teil eine starke *Ablehnung* der gesellschaftlichen und politischen Ordnung. Diese Ablehnung geht einher

- a) mit einem tief sitzenden *Misstrauen* gegenüber seinen Funktionsträgern bzw. Funktionseliten, insbesondere werden genannt: „die Politiker“ und „die Medien“,
- b) mit einem *mangelhaften Verständnis* der Funktionsweise unserer gesellschaftlichen und politischen Ordnung,
- c) mit dem *Gefühl der Überfremdung* durch die zum großen Teil aus Westdeutschland stammenden Funktionseliten in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und Kultur sowie
- d) mit der *Bereitschaft, die Ablehnung*, das Misstrauen und den Unmut in stark emotionalisierter Art *auf den Straßen und in den sozialen Netzwerken* zum Ausdruck zu bringen. („Wir müssen es denen da oben mal zeigen.“; „Wir müssen ein Zeichen setzen.“)

These 1:

Das Verständnis und die Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, des Grundgesetzes, des Staatsaufbaus, der repräsentativen Demokratie und der Funktionsweise der Institutionen sind auch 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung Deutschlands bzw. dem Beitritt der neuen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes bei Teilen der sächsischen Bevölkerung nur schwach ausgeprägt. Die Ordnung wird von einem Teil der Bevölkerung nicht als die eigene erkannt und akzeptiert. Dieser Teil stellt eine Minderheit dar, die sich deutlich und öffentlich artikuliert.

Viele Beiträge zeugen von einem technischen und z. T. technokratischen Politikverständnis. Oft wird nicht realisiert und nicht akzeptiert, dass politische Meinungs- und Willensbildungsprozesse in der Demokratie viel Zeit beanspruchen, Kompromisscharakter tragen, dem Mehrheitsprinzip unterworfen sind und von sachfremden Faktoren beeinflusst werden. In vielen Beiträgen spiegelt sich ein autoritäres Politikverständnis. Der Demokratie wird nicht zuge-
traut, die anstehenden Probleme mit den ihr eigenen Verfahren zu lösen.

These 2:

Die beobachteten Phänomene sind auch Ausdruck und Folge großer Unterschiede in der Gesellschaft und einer fortschreitenden Auseinanderentwicklung sozialer Milieus.

Die Unterschiede sind deutlich erkennbar:

- (a) zwischen der ökonomischen, sozialen und demografischen Entwicklung der urbanen Zentren einerseits und der Entwicklung des ländlichen Raums andererseits,
- (b) zwischen den einkommensstabilen und einkommensfragilen Teilen (prekäre Arbeitsverhältnisse, 3. Arbeitsmarkt, „Generation Praktikum“, anwachsende und v. a. prognostizierte Altersarmut),
- (c) zwischen alten und jungen Menschen. Erstere fühlen sich vielfach überfordert. Letztere können als Gewinner der Transformation und Globalisierung gelten und sich leichter mit neuen Entwicklungen (z. B. in den Informations- und Kommunikationstechnologien) arrangieren.

In Teilen der sich im Gegenüber zu der aus Westdeutschland zugezogenen Bevölkerung als einheimisch empfindenden Bevölkerung existieren nach wie vor erhebliche Ressentiments. Dies gilt wohl auch umgekehrt.

In der beobachteten Gruppe¹ versammeln sich tendenziell:

- mehr Menschen mit dem Hauptwohnsitz im ländlichen Raum als Menschen mit dem Hauptwohnsitz in den urbanen Zentren,
- mehr Menschen aus den Teilen der Bevölkerung mit eher fragilem Einkommen als Menschen mit stabilem Einkommen,
- mehr Menschen mit (einseitig) ausgeprägter technischer, ökonomischer und praktischer Kompetenz als Menschen mit (einseitig) ausgeprägter theoretischer, politischer, sozialer und kultureller Kompetenz,
- mehr Männer als Frauen, mehr ältere als jüngere Menschen,
- mehr Menschen, die sich als Einheimische fühlen (in der DDR sozialisiert bzw. Kinder von Eltern, die in der DDR sozialisiert sind), als Menschen, die aus Westdeutschland nach Sachsen gekommen sind (bzw. Kinder von Eltern, die aus Westdeutschland nach Sachsen gekommen sind).

These 3:

Die von offener, öffentlicher und fairer Auseinandersetzung sowie von der Suche nach gegenseitigem Verständnis und den Kompromiss anstrebenden politischen Streitkultur ist schwach ausgeprägt. Opposition wird oft ausschließlich als Angriff wahrgenommen und betrieben. Die konstruktive Funktion von Opposition wird von vielen nicht verstanden oder übersehen, nicht ausgehalten, nicht gewollt und nicht angenommen.

Viele Beiträge beklagen, dass sich Verantwortungsträger in Politik und Verwaltung der öffentlichen Auseinandersetzung entziehen. In Veranstaltungen äußert sich ein großes Rede- und Mitteilungsbedürfnis. Nur selten konnte eine ausgeprägte Bereitschaft zum Zuhören, Argumentieren, zum nachdenklichen Abwägen, zum kompromiss- und konsensorientierten Diskutieren festgestellt werden. Das Schema „Links gegen Rechts; Rechts gegen Links“ ist ausgeprägt. Die Empörung über die im öffentlichen Raum vorgetragenen rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Positionen ist glaubwürdig und gut organisiert. Vermittlungsversuche werden diskreditiert und angefeindet.

These 4:

In Teilen der Bevölkerung gibt es eine ausgeprägte Islam- und Fremdenfeindlichkeit, zumindest erhebliche Ressentiments. Diese äußern sich zunehmend offen, pauschal und radikal.

Dass sich dies in Sachsen zeigt, wo der Ausländeranteil bisher gering ist, wo es wenige Erfahrungen mit fremden Kulturen gibt und wo nur wenige Muslime leben, muss nicht verwundern. Folgende Gründe können angeführt werden:

- a) Der Islam und fremde Kulturen fungieren als Projektionsflächen eines allgemeinen Unmuts und politischer Verunsicherung.
- b) Verhältnisse wie z. B. in den sozialen Brennpunkten von Neukölln werden antizipiert und als bedrohlich empfunden. Prominente Kritiker wie T. Sarrazin werden zitiert.
- c) Ängste entstehen insbesondere dann, wenn alltägliche Erfahrungen fehlen.
- d) Die politische Situation in Syrien, in Libyen, im Irak sowie die Berichterstattung über die vom so genannten Islamischen Staat ausgehende Gewalt sind angetan, schlimmste Befürchtungen auszulösen.
- e) Muslime, die nach Sachsen kommen, treffen auf eine zu ca. 80% areligiöse Bevölkerung. Viele Menschen im Osten haben vergessen, dass sie Gott vergessen haben. Die Wiederkehr des Religiösen, das sie für überwunden glaubten, verunsichert.

Mit der DDR ist nahezu geräuschlos und in kürzester Zeit der Marxismus-Leninismus als Weltanschauung untergegangen. Obwohl er von den meisten Menschen in der DDR als funktionsuntüchtig erlebt und kritisiert wurde, gab er eine gewisse Orientierung. Er begründete

¹ Demonstranten bei PEGIDA, Teilnehmer von Dialogforen und Bürgerversammlungen, Absender von Briefen und Emails

eine bestimmte Weltsicht und Gesellschaftsordnung. Er formulierte nachvollziehbare Ideale und verhiess Schutz vor globalen Bedrohungen. Sozialwissenschaftler vom Göttinger Institut für Demokratieforschung diagnostizieren politische Heimatlosigkeit und weltanschauliche Leere als Ursachen für PEGIDA in den Trümmern des einst roten Sachsen².

Auf dem Territorium der DDR, die es nicht mehr gibt, also im Osten Deutschlands, lebten und leben (vergleichsweise) sehr viele Menschen (bis zu 70% und mehr), die keinen Bezug zur Religion haben. Nach dem nahezu vollständigen Verschwinden des Marxismus-Leninismus *als Weltanschauung* boten sich nacheinander zwei Orientierungsmuster an. Zunächst der Neoliberalismus; nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums sozialistischer bzw. kommunistischer Prägung dominierte er zunehmend den öffentlichen und politischen Diskurs, im Osten wie im Westen. Im Osten traf er auf vergleichsweise wenige und schwache Widerstandskräfte. Außerdem bot sich der Osten an als gesellschaftspolitisches und ökonomisches Experimentierfeld. („Schlanker Staat“, Vorrang des Privaten vor dem Öffentlichen, Wettbewerb und Konkurrenz in möglichst vielen Lebensbereichen). Bereits zu Beginn bzw. in der Mitte der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts gab es deutliche Anzeichen dafür, dass der Nationalismus erfolgreich die Weltanschauungs- und Orientierungslücke in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung schloss. Er vermochte an alte Traditionslinien anzuknüpfen. Der Osten Deutschlands wurde von zahlreichen nationalistisch eingestellten Politikern aus dem Westen als politisch erfolversprechendes Terrain identifiziert. Auch er traf nicht auf den notwendigen politischen und zivilgesellschaftlichen Widerstand; eine offene Auseinandersetzung wurde vielerorts versäumt.

These 5:

Zum offenen politischen Dialog über den ausgebrochenen Problem- und Gefühlsstau gibt es keine vernünftige Alternative. Er ist auf möglichst vielen Ebenen zu führen. Nach wie vor gibt es viele ernst zu nehmende Problemanzeigen von Bürgern, die bisher keine andere politische Adresse als PEGIDA gefunden haben. Es ist nicht sicher, ob durch Dialogangebote eine weitere Radikalisierung im Protest- und Demonstrationsgeschehen verhindert werden kann.

Ich bin überzeugt, dass die Stärke des demokratisch verfassten Gemeinwesens in Konfliktfällen besonders deutlich hervortritt. Diese Fälle müssen erkannt, akzeptiert und in vernünftig ausgetragenem Streit angegangen werden. Auf der Grundlage wechselseitigen Respekts können Menschen im Gespräch bleiben. Gleichwohl ist deutlich, dass es politische Akteure gibt, die die vorhandenen Konflikte zu eskalieren suchen.

Konsequenzen

Die demokratisch denkenden und den im Grundgesetz verankerten Wertvorstellungen verpflichteten Bürger sollten m. E. folgende drei Positionen vertreten und verteidigen.

1) Die Bürgerinnen und Bürger stehen zum Selbstverständnis der Bundesrepublik als humanitärer Staat. Das Asylrecht ist ein Grundrecht. Die Menschen im Westen und im Osten der Republik können 25 Jahre nach der Wiedervereinigung unter Beweis stellen, dass sie die globale Verantwortung ihres Staates erkennen und mittragen.

2) Die politische Gestaltungsaufgabe von Migration, Flucht und Asyl ist groß. Es wird nicht gelingen, sie in Form ideologisch aufgeladener, sich wechselseitig unlautere Motive unterstellenden Auseinandersetzungen zu erfüllen. Die Migration und die Gewährung von Asyl bedürfen einer klaren politischen Ordnung. Die Frage nach den Grenzen der Aufnahmefähigkeit darf nicht tabuisiert werden. Die europäische, nationale, sächsische und die kommunale Ebene stehen dabei vor unterschiedlichen Herausforderungen. Diese wie im „Schwarzer-Peter-Spiel“ anzugehen, indem man auftretende Schwierigkeiten dem Versagen der jeweils anderen

² Vgl. Franz Walter, „Die Tragödie von Freital“, Spiegel Online, 27. Juni 2015

Ebene zuschiebt, fördert eine allgemeine Politikverdrossenheit. Die Verantwortlichen auf den verschiedenen Ebenen sollten zeigen, dass sie die Aufgabe als gesamtstaatliche verstehen und angehen.

3) Die Debatte über das, was im Zusammenhang der PEGIDA-Demonstrationen öffentlich geworden ist, gehört in den öffentlichen Diskurs. Menschen, die vom Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und öffentliche Versammlungen Gebrauch machen, dürfen nicht pauschal ausgegrenzt werden. Die der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und den Menschenrechten verpflichteten Politiker dürfen sich die Meinungsführerschaft nicht von Menschen nehmen lassen, die sich undemokratisch äußern und verhalten. Rassistische, menschenverachtende, antisemitische, Volksverhetzende und zur Gewalt aufrufende Äußerungen müssen eindeutig benannt, zurückgewiesen, moralisch geächtet und politisch bekämpft werden. Dass es nicht leicht ist, die genannten Unterscheidungen in jedem Einzelfall präzise vorzunehmen, liegt auf der Hand. Wenn wir uns vor Augen halten, dass Kommunikation schief gehen kann, Nicht-Kommunikation jedoch mit Sicherheit schief gehen wird, gewinnen wir Gelassenheit und gegenseitige Nachsicht. Der Konflikt ist der Normalfall der Demokratie. Wenn wir ihn bestehen, wird die Gesellschaft gewinnen.

Frank Richter, Geschäftsführer der Stiftung Frauenkirche